

PRESSEINFORMATION

Eltern fordern bedarfsgerechte Betreuung an Berliner Schulen für Kinder und Jugendliche mit erhöhtem Förderbedarf

[Berlin, 17. September 2014] Eltern der Charlotte Salomon Grundschule in Berlin-Kreuzberg starten Berlin-weite Protestwelle, gerichtet an Senatsverwaltung und Abgeordnetenhaus. Auslöser: Kürzungen in der Betreuung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung, die der Senat zu Beginn des Schuljahres vorgenommen hatte.

Bereits im Mai 2011 hatten sich Berliner Eltern und Vereine zusammengeschlossen, und sich mit einer Resolution¹ an den Berliner Senat gewandt. Sie forderten „einen eigenständigen, bedarfsgerechten Etat zur Umsetzung der Inklusion²“. Ein solcher wurde bis heute nicht eingerichtet.

Die Forderung der Eltern bezieht sich auf die „Deckelung“ der vom Senat finanzierten Schulhelferstunden³. Das pro Bezirk zur Verfügung stehende Budget zur Finanzierung der SchulhelferInnen wurde seit 2008 nicht mehr angepasst; die verfügbaren Mittel bleiben unverändert, während die Zahl der Kinder mit Anspruch auf Unterstützung jedes Jahr steigt.

Als das jetzige Schuljahr an der Charlotte Salomon Grundschule erneut mit der Mitteilung des Senats zur Kürzung der Schulhelferstunden begann – diesmal um 20% – riss den Eltern endgültig der Geduldsfaden. Eine schulübergreifende Elternversammlung wurde einberufen, Arbeitsgruppen gebildet und Protestaktionen koordiniert. Eine Petition ist in Planung; sie richtet sich an die Berliner Senatsverwaltung und das Abgeordnetenhaus, mit der immer noch geltenden Forderung eines bedarfsgerechten Etats für die Realisierung von Inklusion an den Berliner Schulen.

Der Protest wird mitnichten ausschließlich von Eltern getragen, deren Kinder in erster Linie betroffen sind; Eltern von Kindern, die keine Unterstützung durch SchulhelferInnen erhalten, setzen sich gleichermaßen ein: „An unseren Grundschulen wächst die Gesellschaft von morgen heran. An inklusiven Schulen lernen Kinder besonders eindrücklich, aber doch ganz nebenbei, die Bedeutung von Vielfalt, von Toleranz und Solidarität! Wer will, dass unsere Kinder diese Werte in die Gesellschaft tragen, der muss sich für Inklusion stark machen!“

¹¹ http://gipfeltreffen.inklusive-bildung-berlin.de/dokumente/2011-05-19_Resolution-Elterngipfel-Berlin_F3.pdf.

² Das gemeinsame Unterrichten von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung.

³ Die SchulhelferInnen sind tragende Säulen der inklusiven Schule: Sie unterstützen SchülerInnen mit Sinnesbehinderungen, Körperbehinderungen, geistigen Behinderungen, und Kinder mit Autismus.

Bei dem Konzept der Inklusion handelt es sich nicht nur um eine schöne Idee, sondern um ein Menschenrecht: Laut der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, welche Deutschland gesetzlich anerkannt hat, steht die „normale“, also die Regelschule, jedem Kind offen – ob mit oder ohne Förderbedarf (Art. 24 Abs. 2a CRPD). Inklusion wird also auch umgesetzt, um der UN Behindertenrechtskonvention gerecht zu werden; besonders nachdem Deutschland 2007 von der UN für mangelnde Inklusion im Schulsystem kritisiert worden war.

Nach dem Berliner Schulgesetz soll die „Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf [...] vorrangig im gemeinsamen Unterricht erfolgen“ (§4 Abs. 3 SchulG). Das Konzept der inklusiven Schule wurde 2011 vom Berliner Senat und dem Berliner Abgeordnetenhaus auf den Weg gebracht. Förderzentren⁴ in Berlin werden nach und nach geschlossen, so dass diese Schülerinnen und Schüler notwendigerweise an Regelschulen aufgenommen werden müssen.

Doch aus der Deckelung des SchulhelferInnen-Etats resultiert eine absurde Situation: Die Zunahme an Inklusion führt zu einer schlechteren Versorgung in der Praxis. „Inklusion funktioniert eigentlich wunderbar! Kaputtgemacht wird das Konzept ausgerechnet von der kurzsichtigen Berliner Politik und der Senatsverwaltung“, ärgert sich ein Elternvertreter. Die Entscheidungsträger im Senat für Bildung, Jugend und Wissenschaft, sowie im Senat für Finanzen verstünden Inklusion eher als „Sparkonzept“, so die Wahrnehmung der Eltern.

Der chronische Mangel offenbart sich alljährlich zu Schuljahresbeginn: Dann werden die zur Verfügung stehenden Betreuungsstunden unter den Berliner Schulen aufgeteilt. Erstreitet sich eine Schule mehr Stunden, werden diese an einer anderen Schule gekürzt. Das bedeutet: Einige Kinder kommen unwillkürlich zu kurz, und werden schlecht versorgt. Die Leidtragenden sind die betroffenen Kinder selbst, sowie die SchulhelferInnen, Eltern, LehrerInnen und ErzieherInnen, die diese Minderversorgung auffangen müssen – zu Lasten der ganzen Klassengemeinschaft.

Wie erklären sich die Betroffenen diese anhaltende Schiefelage, wo doch der politische Wille bekräftigt wird, und die Senatsverwaltung seit Jahren eine Arbeitsgruppe zum Thema Inklusion unterhält? Vielleicht so: „Wenn die wirklich wissen wollten, wie Inklusion im Schulalltag erfolgreich und nachhaltig umgesetzt werden kann – dann sollten sie mal mit uns und unseren Kindern sprechen!“

Die Eltern der Charlotte Salomon Grundschule, Großbeerenstrasse 40, 10969 Berlin, vernetzen sich mit Eltern anderer Schulen in ganz Berlin, sowie mit Vereinen und Verbänden für Menschen mit Behinderungen, um politischen Druck auf die Senatsverwaltung und das Abgeordnetenhaus auszuüben.

Weitere Informationen: <http://inklusive-schule-berlin.de> [im Aufbau]

Kontakt: inklusive.schule.berlin@gmail.com

⁴ Sonderschulen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen.